

glauben." Wer sich vor Augen hält, wie umfänglich, vorzüglich und konsequent die Aufklärung der Nation, mit welcher einflussreichen Tätigkeit er vor dem Reichstag und auch bei anderen Gelegenheiten das republikanische Prinzip ausgedrückt hat, für den ist es klar, daß es sich bei dieser Behauptung, deren Quelle nicht näher angegeben wird, nur um einen ganz plumpen Schwindel handeln kann, dessen Verbreitung allerdings recht geeignet ist, bei den Freunden der Nation die Enttäuschung und Empörung über eine Handlungsweise hervorzuheben.

Rektion über "Tatchristentum"

In einem Artikel "Tatchristentum", der von einem "bekannten katholischen Universitätsprofessor" stammen soll, wird in der nationalsozialistischen "National-Zeitung" die Forderung eines Christentums der Tat, wie sie gegenüber dem "Mißbrauch des Christentums als bloßer Etikette politischer Geschäfte" (Zitat aus der genannten Zeitung) der Vorstände der Deutschen Zentrumspartei Präfekt Dr. Kaas in seinem Antwortschreiben auf den Brief des Reichstages von Papen erhoben hat, mit Argumenten gloriert, die zwar zum Teil recht grob, zum Teil recht spitzfindig und geschickt sind, aber darum doch nicht über das Niveau kleiner Versammlungsredner in Rundgebungen gegen das Zentrum erheben. Nachdem der Christliche Gewerkschaften - was sie von dieser Seite gelassen ertragen können - vorgeworfen worden ist, daß ihr innerster Uniradikalismus über denjenigen der SPD noch merklich hinausgeht, wird vom Zentrum behauptet, daß seine Weltanschauung, "in einer Art jüdischer Wollust an den schmerzlichen Erinnerungen des Kulturkampfes sich nährend, mit einer nur zu unüberwindlichen Genügnung in den Sturz des Hohenzollern-Kaisertums mitwirkend" erliebe. Der Beweis für diese Behauptung erbringt der Verfasser nicht, weil es ihm nicht möglich ist, ihn zu erbringen, weil er sich die Weltanschauung des Zentrums am Sturz der Monarchie aus den Fingern gelassen hat. Er spricht weiter von der "gottlosen Haltung" der Weimarer Verfassung. Uns ist bekannt, daß beispielsweise der ministerielle Dompfropf Präfekt Dr. Kaas, ein gewiß dafür kompetenter katholischer Theologe, es als einen Vorzug der Reichsverfassung bezeichnet hat, daß sie den Forderungen der Kirche so weitgehend Rechnung trage durch Sicherung der Religionsfreiheit, durch Heiligung der Sonntage und christlichen Feiertage, durch Erhaltung der Bekenntnisschule u. a. m. Der Verfasser wirft dem Zentrum vor, "was an fittlicher Verwahrloshung deutschen Volkstums etwa nur von den 'Reitern' herab, die einst 'die Welt bedeuten' sollten, durch freudwillige Duldung des Zentrums möglich war". Wie hat das Zentrum so etwas "freundwillig" gebudet. Es hat immer und immer wieder gegen solchen Mißbrauch der Bäume Verwahrung eingelegt, aber leider dabei nicht die Unterstützung der Kirche gefunden, die heute in der NSDAP überneben bei Hugenberg auf das Zentrum allein Unrat abzuladen suchen, dessen sie habhaft werden können. Wenn es Zentrumsbildner und Zentrumskräfte unternehmen, die Aufführung unchristlicher Theaterstücke unmöglich zu machen, so erreichen sie gewiß nicht den Beifall der Leute, die heute vor lauter Moralismus nur so tropfen. Auf dieser Seite war man so gleichgültig, so ergeben über solche Aktionen, daß man nicht daran dachte, etwa weisse Mäule zu fangen, um mit Hilfe solcher niedlicher Tierchen, "Ehen werden im Himmel geschlossen" und ähnliche Provokationen und Falschheiten unmöglich zu machen. Erst als der Film "Im Westen nichts Neues" kam, da heilste die "Tatchristi" Obbeß seine Anhänger zu Protesten auf, und da ließ er weisse Mäule den Zuschauern um die Weine trabbeln. Auch an kommunistischen Jellenbildungen in katholisch-konfessionellen Schulen soll das Zentrum schuld sein. Um solchen Jellenbildungen, solchen geheimen Einwirkungen kommunistischer Eltern durch ihre Kinder auf deren Mitschüler einen Damm entgegenzusetzen, hat das Zentrum Sammelstellen für Kinder, die nach dem Willen ihrer Eltern keinen Religionsunterricht haben sollen, die sogenannte weltliche Schule zugelassen. Kommunistische Jellenbildungen kann auch der "katholische Universitätsprofessor" nicht mit dem Batel verhindern, aber wohl kann man die faulen Wespel von den guten trennen. Was aber hat der nationalsozialistische Kultusminister in Braunschweig getan? Er hat den Abbau der weltlichen Schule dort angeordnet und sorgt auf diese Weise dafür, daß die ohne Religion aufwachsenden Erbsöhne marxistischer, religionsloser Eltern wieder mit den Kindern, die aus religiösen Familien kommen, zusammen auf die Schulbank kommen. Nicht

ohne Grund hat man in kirchlichen Kreisen des evangelischen Landes Braunschweig gegen diese Verordnungen des Herrn Klagges protestiert. Warum hat wohl, um zum nächsten Argument des "katholischen Universitätsprofessors" überzugehen, die Regierung von Papen, die den Nationalsozialisten schon so manchen bemerkenswerten Gefallen getan hat, noch nicht die sozialdemokratischen Freidenkerverbände verboten, wie es seit dem Verbot der kommunistischen Gottlosenverbände die Nationalsozialisten und die Deutsch-nationalen und auch jetzt der "katholische Professor" fordern? Die kommunistischen Organisationen konnten, wie wir schon einmal dargelegt haben, auf Grund des Artikels 48 mit dem politischen Argument, daß ihr Ziel die Bolschewisierung und Sowjetisierung Deutschlands ist, verboten werden. Den anderen Freidenkerverbänden, die zwar Gegner des Christentums, aber keine Bekämpfer der Verfassung sind, die vielmehr den auch den Religionsgesellschaften zukommenden verfassungsrechtlichen Schutz der Religionen und Gewissensfreiheit genießen, kann kein Reichspräsident mit einer Verordnungsmaßnahme den Garaus machen, es sei denn durch Verfassungsbruch. Und wenn endlich der "katholische Universitätsprofessor" aus der Veröffentlichung eines die Geburt des Gottesohnes

verhöhnenden "Weihnachts-Gedichtes im 'Vorwärts'" dem Zentrum einen Strich drehen zu können glaubt, so darf man darauf hinweisen, daß weder dieser Universitätsprofessor noch ein nationalsozialistischer Abgeordneter gegen die Blasphemie im "Vorwärts" etwas unternommen hat, sondern daß es der im vorigen Jahre verstorbene Zentrumsgesandte Dr. Geh war, der sofort dagegen beim preussischen Ministerpräsidenten Braun energische Schritte unternommen und ihn darauf mit allem Ernst aufmerksam gemacht hat, daß diese Verhöhnung eines christlichen Geheimnisses für das Zentrum unerträglich sei, und dem darauf der Ministerpräsident in einem Schreiben sein Bedauern und seine Mißbilligung über diese Gemeinheit "des sozialdemokratischen Zentralorgans zum Ausdruck gebracht hat. Wir begnügen uns mit diesen Feststellungen. Sollte der Herr Universitätsprofessor noch mehr "Stichproben" auf Lager haben, so möge er sie ruhig der Öffentlichkeit übergeben. Wir werden ihm die Antwort nicht schuldig bleiben, wie wir auch nie zu kulturpolitischen Maßnahmen des in dem Artikel zitierten Kultusministers Grimme geschwiegen haben, wenn sie den kulturpolitischen Anschauungen des Zentrums widersprochen."

England und der Abrüstungsvorschlag Hoovers.

Neue Vorschläge für die Seenbrüstung.

London, 7. Juli.

Auf Ersuchen des Führers der Opposition, Lansbury, der um eine Erklärung über die Abrüstungsfortschritte bat, hielt der stellvertretende Ministerpräsident Baldwin im Unterhaus eine Rede, die gleichzeitig in Geis von der englischen Abordnung bekannt gegeben wurde.

Die Rede enthält eine zusammenfassende Stellungnahme der englischen Regierung zum Hoover-Vorschlag. Die Rede geht davon aus, daß die amerikanischen Vorschläge als Beitrag zu einem in gemeinsamer Arbeit auszubauenden Werk gedacht seien und daß deshalb jede Abweichung von dem auf der Abrüstungskonferenz ähnlichen Vorschlag vorzuziehen sei. England bezieht die Grundgedanken des Hoover-Planes, die Stärkung des Verteilungswertes der Armeen durch Abbau der Angriffswaffen und die gegenseitige Abhängigkeit der Land-, See- und Luftkräfte. England stimme dem amerikanischen Vorschlag für die Landabrüstung am meisten zu. Die britische Landarmee sei schon weiter abgerüstet, als das nach dem amerikanischen Plan vorgesehene Mindestmaß für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung verlange. England habe auf der Abrüstungskonferenz u. a. die Abschaffung der schweren Artillerie bis auf 155 cm und der schweren Tanks über 20 Tonnen verlangt. Zu den Vorschlägen über die Seenbrüstung erklärt die englische Regierung, daß man nicht jedes Land schematisch behandeln dürfe und daß vor allem bei England die großen Entfernungen der Gebiete, innerhalb denen die britische Flotte ihren Verpflichtungen nachkommen müsse, Rechnung zu tragen sei. In diesen Punkten will England die amerikanischen Vorschläge erweitern oder abändern. Das künftige Abrüstungsabkommen soll

1. das Tonnage-Höchstmaß der Linien-schiffe auf 22.000 t und ihre Bewehrung auf 30 cm beschränken.
2. das Tonnage-Höchstmaß der Kreuzer auf 7.000 t und ihre Bewehrung auf 15,5 cm festlegen.
3. falls über Punkt 2 keine Einigung zu erzielen sei, soll die Tonnage-Höchstgrenze für Linien-schiffe mit

25.000 t und ihr Geschützkaliber mit 32 cm festgesetzt werden.

4. Das Tonnage-Höchstmaß für Flugzeugmutter-schiffe soll auf 22.000 t, ihr Geschützkaliber auf 15,5 cm beschränkt werden.

5. Völlige Abschaffung der Unterseeboote.

6. Herabsetzung der Tonnage für Torpedobootzerstörer um rund ein Drittel, falls die Unterseeboote abgeschafft werden.

7. Wenn die Unterseeboote nicht völlig verboten werden, soll ihre Höchsttonnage auf 250 t je Einheit festgelegt werden.

Zur Luftabrüstung schlägt die englische Regierung vor:

1. Völlige Abschaffung des Luftbombardements mit Ausnahme gewisser Fälle, die durch eine internationale Abmachung festgelegt werden sollen.
2. Begrenzung des Leertgewichtes für alle militärischen Land- und Wasserflugzeuge.
3. Herabsetzung der Kontingente für die militärischen Land- und Wasserflugzeuge aller Art.

Amerika für Vertagung der Abrüstungskonferenz.

Washington, 7. Juli.

Das Staatsdepartement stimmt der Vertagung der Genfer Abrüstungskonferenz zu. Stimson führte ein Telefongespräch mit Wilson und erklärte anschließend, der Hoover-Plan bedürfe einer eingehenden Prüfung von Seiten der einzelnen Regierungen. Die amerikanische Delegation werde nach Washington kommen, um die Vorschläge der anderen Delegationen zum Hoover-Plan mit maßgebenden hiesigen Kreisen zu erörtern. Wahrscheinlich werde der Stab der Delegation bei einer neuen Reise wegen Geldmangels verkleinert werden. Dies bedeute jedoch kein Aufgeben des Ziels. Die amerikanische Regierung halte im Gegenteil die bisherige Entwicklung für sehr ermutigend und werde weiterhin auf die Durchführung des Hoover-Planes hinarbeiten.

Bergbaufragen im Landtag.

Aufhebung der Immunität Brauns unwahrscheinlich.

Berlin, 7. Juli.

Der Preussische Landtag erledigte in seiner heutigen Plenarsitzung zunächst keine Vorlagen. Eine größere Anzahl von Anträgen verschiedener Fraktionen werden ohne Debatte in die Ausschussberatung verwiesen. Der gestern Abend gefasste Beschluß des Geschäftsordnungs-ausschusses über die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Dr. h. c. Braun, der heute vom Plenum angenommen werden sollte, wurde auf Antrag Bugdahn (SPD) von der Tagesordnung abgelehnt und soll erst morgen verabschiedet werden. Mit dieser Angelegenheit befaßte sich heute mittags das Zentrum in einer Fraktions-sitzung. Die Fraktion kam dahin überein, an

ihre bisherigen Praxis festzuhalten, grundsätzlich gegen die Aufhebung der Immunität zu stimmen, vor allen Dingen, wenn diese Anträge nicht von der Justizbehörde gestellt werden. Die Zentrumsmitglieder hatten im Ausschuss mit den Nationalsozialisten und Deutsch-nationalen für die Aufhebung der Immunität gestimmt. Wenn das Zentrum jetzt im Plenum gegen die Aufhebung stimmt, so ist eine Mehrheitsentscheidung nicht mehr vorhanden vorausgesetzt natürlich, daß die übrigen Fraktionen bei ihrer im Ausschuss eingenommenen Haltung bleiben.

Bei der Fortsetzung der Beratung von Anträgen und Interpellationen über Bergbaufragen erklärte Abg. Rüthen (Z), daß seine Partei unter allen Umständen die Verhinderung der Stilllegung der Zeche "Dielsche Heide" sowie weiterer Jechenstilllegungen überhaupt wünsch.

Die Zahl der bereits stillgelegten Zechen betrage gegenüber 1913 fast 400. Die Belegschaft im Bergbau sei dauernd gesunken. So könne die Entwicklung nicht weitergehen, da die soziale Not in den Bergbaugebieten bereits ansehnlich groß sei.

Der Rechner hält eine Verringerung der Stilllegungsvorgänge für notwendig. Der Staat habe die Pflicht, besonders auch den westlichen Industriegebieten zu helfen. Die durch die Stilllegung verursachte Arbeitslosigkeit müsse durch den Staat abgefangen werden. Der Rechner wolle eine ehrliche Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Dieser Arbeitsgemeinschaft diene es nicht, wenn in Berücksichtigung, die der Bergbau in Essen und der Jechenverband unterliegen, schwere und unüberwindliche Schwierigkeiten gegen die Bergarbeiter erhoben würden. Die Bergarbeiterfrage habe ohne Unterbrechung der Partei stets ihre nationale Pflicht erfüllt. Eine Verringerung der Stilllegungsvorgänge in der Schwerindustrie müsse angeordnet werden. Im Zusammenhang mit dem Dörkfelder Unglück verlangte der Rechner verstärkte Kontrolle der Seilfahrt. Zum Schluß erklärte er, daß die beste Unfallverhütung eine gute Entlohnung der Bergarbeiter sei.

Abg. Dr. v. Waldbauer (DfL) wandte sich gegen die Rede des Abgeordneten Rüthen. Durch eine Verknüpfung des Bergbaus würden die Verhältnisse in seiner Weise geändert. Die wirtschaftspolitischen Ausführungen der Nationalsozialisten seien unklar und widersprüchlich. Der Plan des Abg. v. Gregory habe nichts von der Autarkie gesagt, für die die Nationalsozialisten sonst eintreten. Der Rechner betonte, daß Autarkie im wahren Sinne des Wortes für Deutschland eine vollkommene Unmöglichkeit sei.

Oberbergamtsrat Flemming legte darauf nochmals die Gründe dar, die gegen die Fortführung der Wenzelsgrube in Schiefen sprechen. Die verfügbaren Geldmittel müßten dafür eingesetzt werden,

um der Belegschaft eine neue und weniger gefährliche Lebensmöglichkeit zu schaffen. Mit einer Wiederaufnahme des Betriebes mit Hilfe öffentlicher Mittel sei nicht zu rechnen.

Abg. Stangler (SPD) erklärte, nicht nur der Arbeiter der Zeche, sondern auch der Arbeiter der Zeche werde von dem liberalistischen-kapitalistischen System ausgebeutet. Es sei geradezu eine Schamlosigkeit, wenn der sozialdemokratische Rechner sagt, seine Partei habe mit diesem System nicht zu tun. (Von den Sozialdemokraten ertönten lebhafteste Zurufe, die von den Nationalsozialisten mit Gegenrufen beantwortet wurden).

Abg. Rube (NS) erklärte darauf:

Die vollgestellten Bonzen der SPD hätten es für geschmacklos gehalten, die Ausführungen eines deutschen Arbeiters, der selbst Bergmann sei, durch bämische Bemerkungen zu unterbrechen.

Unter kühnem Beifall seiner Parteifreunde betonte der Rechner, daß seine Partei in Zukunft ein bezugsfähiges Verhalten nicht dulden, sondern es mit brachialem Gewalt zu brechen wissen werden.

Abg. Dietrich (SPD), der dann das Wort erhielt, wurde von den Nationalsozialisten mit dem Zuruf "vollgestellter Gewerkschaftsbonze" empfangen. Der Rechner verzichtete sich entschieden gegen diesen Zuruf und betonte, daß er seit mehr als 40 Jahren im privaten und staatlichen Bergbau seine Pflicht getan habe. (Dauernde Unterbrechungen bei den Nationalsozialisten).

Der sehr grausamen Kritik, die Dr. v. Waldbauer (DfL) an den Ausführungen des Abg. Stangler (SPD) übt, hat der Rechner geistig keine Antwort gegeben. Er hat sich nicht für die Kritik des Abg. Stangler zu interessieren. Die Gegenstände der Weltwirtschaft könne man nicht durch preussische Parlamentsbeschlüsse ändern.

Abg. Harisch (SPD) behauptet, daß die Dinge hinsichtlich der Wenzelsgrube diesen Verlauf genommen hätten. Es sei bestmöglich, daß das Reich bei den Subventionen zweierlei Maß anwende, wie der Fall Hild beweise.

Vizepräsident Haake rief den Abg. Rube wegen seiner Äußerung über die "vollgestellten SPD-Bonzen" nachträglich zur Ordnung und erklärte, die Androhung von Gewalt könne er nicht billigen und würde demgegenüber die Präsidialgewalt einlegen.

Das Haus vertagte die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr, vorher Annahmevertrag.

Wichtige Ministerbesprechung in Berlin.

11. Berlin, 7. Juli.

Am Donnerstagmittag hat in Berlin eine Ministerbesprechung stattgefunden, in der die in Berlin weilenden Reichsminister nach mehreren eingehenden Telefongesprächen mit dem Reichstagspräsidenten in Lausanne zu der durch die betrübliche Ablehnung der politischen Voraussetzungen zur wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Europas seitens Frankreichs geschaffenen Lage Stellung nahmen. Der in Lausanne vertretene Standpunkt der deutschen Abordnung, daß man im Falle der englischen Weigerung Frankreichs die politischen Voraussetzungen anzuerkennen, auf den Ausgangspunkt der Konferenz zurückgeworfen und daß damit eine völlig neue Lage entstanden sei, dürfte somit auch der Standpunkt des gesamten Reichskabinetts sein.

Rücktritt der thüringischen Regierung.

Weimar, 7. Juli.

Nach einer heute nachmittag abgehaltenen Kabinetts-sitzung richtete die thüringische Landesregierung an den Präsidenten des thüringischen Landtages folgenden Schreiben: "Bei der Beratung des Staatshaushaltsplanes 1932 sind vom Landtag Beschüsse gefaßt worden, die durchzuführen die Landesregierung nicht in der Lage ist. Wir treten deshalb als Minister der Landesregierung zurück."

Eingeweihten Kreisen ist der Rücktritt nicht unerwartet gekommen. Nach den Mehrheitsverhältnissen im Landtag kämen für eine Regierungsbildung nur die gleichen Parteien (Landbund und Wirtschaftspartei) mit neuen Männern in Frage, so daß mit dem Zustandekommen einer neuen Regierung nicht zu rechnen ist. Seit Wochen wird bereits von nationalsozialistischer Seite die sofortige Landtagsauflösung gefordert, obwohl der Landtag später sowieso aufgelöst werden würde. Es ist nunmehr damit zu rechnen, daß sich auch die Sozialdemokraten diesen Standpunkt zu eigen machen und die bisherigen Regierungsparteien nicht mehr tolerieren werde.

Kleine Nachrichten.

Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags hat einen Antrag eingebracht, in dem sie die Arbeitsbeschaffung, Förderung des freien Willigen Arbeitsdienstes und Mietsenkung fordert.

Der Gesamtverband der Staatspartei hat mit 29 gegen 18 Stimmen bei sechs Enthaltungen beschlossen, im ganzen Reich selbständig und ohne Listenverbindung in den Wahlkampf zu treten.

In der zweiten Hälfte des Juni ist die Zahl der Arbeitslosen um 93.000 auf 5.456.000 zurückgegangen.

Der baltische Innenminister hat dem Ersuchen des Reichsministers des Innern, die Tageszeitung "Donaubote" in Donauwörth auf die Dauer von fünf Tagen zu verbieten, nicht entsprochen und die Entscheidung des Reichsgerichts anzufragen.

Das württembergische Innenministerium hat die Süddeutsche Arbeiterzeitung auf Grund der Verordnungen des Reichspräsidenten gegen politische Ausbreitungen bis zum 9. Juli einschlüssig verboten.

In einer Wahlversammlung der Bayerischen Volkspartei in Augsburg erklärte Präfekt Leicht, der Führer der Reichstagsfraktion, Bayern lasse sich nicht ausfallen. Auch er, als katholischer Geistlicher, lasse sich von niemandem seine bürgerlichen Rechte rauben. Ein deutscher Katholik beuge sich nur der Diktatur Gottes und seiner anderen Diktatur.

Die Kündigung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages wird von der schwedischen Presse nicht bedauert. Man ist aber allgemein veranlaßt, daß die Kündigung die Aufhebung verlangt hat, während die Handelspolitik zeigt, daß Deutschland sich unter dem Vertrag bedeutend besser gestanden habe als Schweden.

Entbedung eines großen Dynamitlagers. Buenos-Aires, 7. Juli. In Valparaiso hat die Polizei ein Dynamitlager entdeckt. Die Vorräte sollen so beträchtlich sein, daß sie genügt hätten, die ganze Stadt in die Luft zu sprengen.

Eine ganze Stadt durch eine Munitionsexplosion zerstört. London, 7. Juli. Eine Exzessivmeldung aus Charbin besagt, die Stadt Tsinan an der Haihai-Eisenbahn sei gestern durch die Explosion eines Munitionslagers vollständig zerstört worden. Viele Menschen seien dabei ums Leben gekommen.

Die Maßnahmen zur Sicherung der Ernte.

Keine Ernteverschleuderung.

Berlin, 7. Juli.

Wie schon der Reichsernährungsminister in seiner gestrigen Rundfunkrede erklärte, hat die Reichsregierung, um eine angemessene Finanzierung der zu erwartenden Getreidernte sicherzustellen und vor allem ein Angebotsdruck in der ersten Zeit nach der Ernte zu vermeiden, ein umfangreiches Programm aufgestellt. Aus der von zuständigen Stellen herausgegebenen umfangreichen Verlautbarung über dieses Programm entnehmen wir zur Ergänzung der Mitteilungen des Reichsernährungsministers noch folgende Punkte:

Ein Ueberdruck des Brotgetreideangebotes soll durch die Darbietung von weissen und einfachen Lagerungsmöglichkeiten und Erleichterung von Finanzierungsbedingungen für die Einlagerung aufgefangen werden. Der hierfür bereitgestellte Betrag von 70 Millionen RM reicht für die Finanzierung der Einlagerung von 500.000 Tonnen unter Berücksichtigung der 70 Prozent aus. Um einen besonderen Anreiz für die Einlagerung zu bieten, sollen die Lagerkosten um einen Betrag bis zu 8 RM für dreimonatige Einlagerung je Tonne gesenkt werden, wobei die gewährten Kredite von 2 bis 2 1/2 Prozent verzinst werden sollen.

Für Roggen und Weizen und daraus hergestellte Mäckererzeugnisse wird noch eine besondere Entlohnung geschaffen durch Uebererstattung des Ausfuhrpreises. Der Weizenmarkt wird noch eine besondere Entlohnung dadurch erhalten, daß die Mäckerer 230.000 Tonnen deutschen Weizens über die normale Vorratssumme hinaus für vier Monate

fest einlagern werden. Ferner ist beabsichtigt, den Verzehrungsdruck für Inlandverweilern für das ganze Wirtschaftsjahr auf 79 Prozent festzusetzen. Nur die Mäckerer, die sich zu der Einlagerung bereit erklären, werden 30 Prozent Auslandsweizen vernachlässigen dürfen, der auf dem Wege des Austauschverfahrens eingeführt wird.

Die Teigwarenindustrie soll in härterem Maße auf die Verwendung von Erzeugnissen aus Inlandweizen verwiesen werden durch Erhöhung des Vorzugszolls für Hartweizen von 12 auf 18 RM je dt. unter gleichzeitiger Einschränkung der Hartweizeneinfuhr auf die Hälfte der Menge, die die Mäckerer im Jahre 1931 zu Hartweizeneinfuhr verarbeitet haben. Zur Erhöhung der Aufnahmefähigkeit des Roggenmarktes wird, falls sich die jetzigen Ernteeinsparungen vermindern, die Ausnahmsvorschrift für Roggen wieder aufgehoben werden. Der Brotgetreidemarkt soll durch eine zielbewusste Futtergetreidepolitik eine wesentliche Stütze erhalten. Außer den bereits erwähnten Maßnahmen wird der Zoll für Futtererbsen von 1,50 RM je dt. auf 2,50 RM erhöht werden. Der noch im Besitz der DG befindliche Auslandsroggen wird in Verbindung mit deutscher Getreide zu einem Gemischtpreis von 80 RM je Tonne freizufrei abgegeben werden.

Im Interesse der Geflügelhalter wird Mais mit der Roggenabgabe zur Verfügung gestellt werden, daß für je 100 kg nach der Verordnung handhabbare Eier 20 Kilogramm Mais zum Preis von plus 25 RM Zoll und 5 RM Monopolzuschlag je Tonne bezogen werden können.

AU

S. Hochst. der SPD, mittags ein He dieß mit dem gehörigen be schwinden.

p. Hochst. Straße wurde tung fuhr, von kommenden an Durch den Zul und wurde let und ihre Klei ist noch nicht g

Alnd. = Hochst. am Dienstag witter das H Schornstein un Feuer, doch kon gemorfen und Ms ein Bild kein Menschenle war eben im vrom Bildschlag Einschlag erfolg lich von diesem

Gold. Herr Sauti geschäster und als Gefängnisar ist, feiert am Jubiläum. Herr Januar 1887 tr promovierte am bation als Arzt. Der Arzt ist seit jäh, nachdem e alter hatte; er Den siederlich gaten und ehren

Aus de Brüning-K Diejenigen L der am Sonntag in der Stadthal Rundgebung, an nung sprechen w Dienstag, dem 1 tarlat (Weser Josef Tmping tag und Montag Bei der Annahme Sitzplätze 2, 4, 1 enrichtigen. Ueber mitgeteilt.

Zentrums Heute (Freit haus St. Josef trauensleute und bund ist freu Einladung ergeht

Dereine Jugendbund literarischer Zirk Das Rath. M ankommen M

Kriegereverei 10.30 Uhr findet Paulus die letzte Auf der Tagesor Kriegerefest.

Kriegerefest. Am Mittwoch hoff" eine Vorstait, in der für d fest alles Nichte gleiche wie im Sonntag gemein stellung mit Anpi Montagvormittag nachmittags Bimal Tangeländer. Ver vergeben werden. raden Watekla da. Wis. zu meld

Sunderwick S Die Wähu Straße nach Bli hänger, nachdem Grenzstein unger Böschung hinunter sagt. Der Wagen Handverteilung

Anholt 6. Gefängnisg Rorten, Dingen, Anholt ein Gefäng fürlich erlangenem dalt, daß mehrere zeichnen in eine L im Waffenhause S jundelagt haben, so verletzenden J zu betrüben ist, d des Gefängnisport vornehmen. Der in eines namhaften St ter-haben, so daß e nicht zu zweifeln i



Statt besonderer Anzeige.

Heute morgen entschlief gegen 7 Uhr nach kurzer schwerer Krankheit, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, unser lieber Bruder, Schwager und Onkel, der

Rentner

Edmund Wegmann

im Alter von 60 Jahren.

Im Namen der trauernden Angehörigen:

Angelika Wegmann.

Rhede, den 7. Juli 1932.

Das Seelenamt findet statt am Samstag, vormittags 8.30 Uhr, anschließend die Beerdigung vom Sterbehause (Hofstr. 1) aus. Beileidsbesuche dankend verboten. (4912)



Statt jeder besonderen Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute mittags 12.30 Uhr unser innigstgeliebtes einziges Töchterchen

Marta

nach langem schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, versehen mit den Heilmitteln der katholischen Kirche, im blühenden Alter von 10 Jahren, zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

In tiefer Trauer:

Josef Rommelsheim und Frau
Carola geb. Wischold.

Bocholt, den 6. Juli 1932.

Das hl. Seelenamt findet statt am Samstag, den 9. Juli, morgens 8 1/2 Uhr, in der St. Georgiuskirche, danach die Beerdigung vom Trauerhause (Kavardstraße 24) aus, wozu freundlichst eingeladen wird.

Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand zu nehmen.

IN MEINEM SUPINATORIUM

werden Ihre Füße im patentierten May-Untersuchungs-Spiegel kostenlos geprüft und die Ursachen Ihrer Beschwerden einwandfrei festgestellt. Durch die fachkundige, individuelle Anwendung des Supinator- und Mayband-Systems werden diese Uebel verhindert und beseitigt.

Die neue Yoma-Fußpflege:
Entfernung von Hühneraugen, Hornhaut, eingewachsenen und verdickten Nägeln, ohne Messer, ohne Tinktur und Pflaster, schmerzfrei und gefahrlos, Entfernen von Hornhaut u. 2 Hühneraugen und Nägelschneiden zus. 1.50



Supinatorium Joh. Splittthoff
Bocholt i. W. Nordstraße 53.

St. Anna-Büchlein

zum Gebrauche für die gemeinschaftliche

Wallfahrts-Prozession

von Bocholt zum St. Annaberg.

wieder vorrätig.

Zu haben:

Josef Imping,

Nordstraße

Temming & Heilborn

Nordstraße

Bocholter Volksblatt

Realgymn.

Miele

Fahrräder

auch

Geschäftsräder

Höchste Qualität

bei absoluter

Preiswürdigkeit

In den neuesten Modellen

stets vorrätig bei:

Vertreter

für Bocholt

H. Rose,

Nobelstr.

für Rhede

Th. Albers.

Leistungsfähige

Reinigung

führt in Bocholt

und Borken ein

Geschäft, welches eine

Annahme

übernimmt, geg. hohe

Provision.

Angab. unter N. 646

an die Geschäftsstelle

Zentralverband drittl. Textilarbeiter

Ortsgruppe Bocholt.

Freitag, den 8. Juli, abends 8 Uhr an-

haltend, im Verbandsbüro (4905)

Sitzung der männlichen Jugendgruppe.

Kollege Blümer wird sprechen über:

„Arbeiterrecht im neuen Reich“.

Es wird gebeten, pünktlich und vollständig

zu erscheinen, und auch noch andere junge

Kollegen mitbringen zu wollen.

Der Vorstand.

N. V. Geldersch Westfaalsche

Tramweg Maalschappl.

Algemeene Vergadering

van Aandeelhouders

op Vrijdag 15 Juli 1932 des n.m. 4 uur

in Hotel „De Industrie“

te Lichtenvoorde.

Punten van behandeling:

1. Goedkeuring balans en winst- en

verliesrekening over het jaar 1931.

2. Verkiezing van Commissarissen.

3. Benoeming Commissie en hunne

plaatsvervangers voor het nazien

der rekening over het jaar 1932.

4. Benoeming Commissie voor het

teekenen der notulen ingevolge

art. 13 der Statuten.

Om als stemgerechtigde ter Alge-

meene Vergadering te worden toege-

laten, moeten ingevolge art. 15 der

Statuten, da aandeelen minstens 4

dagen te voren worden gedeponeerd

ten kantore van de Directie der Maat-

schappij te Doetinchem.

De voorstellen liggen ter lezing ten

kantore van der Directie ten Doetin-

chem.

Namen den Raad van Commissarissen

De President-Commissaris,

B. J. H. Hesselink.

Waschkleider

für Damen und Mädchen

zu ganz kleinen Preisen.

Kinder- Waschkleider 95, 1,25 1,75	Kinder- Waschkleider mit Faltenrock 1,95 2,45	Parade- Kleider in weiß und farbig 1,95 2,45 2,95
Wasch- Kleider Zephir u. Indanthren 95, 1,45 1,75	Batist- Kleider in rose, nil-blau 1,25 1,45 1,95	Maroc- Kleider in einfarbig u. bedruckt 8,90 14,75 19,75
Selenic- Kleider in einfarbig u. gemustert 4,90 7,50 9,75		

Blusen

Batist und Trikoline

95 1.45 2.95

Maroc 2.95 3.95 5.90

Pottmeyer
BOCHOLT-MARKT

Freitag

Samstag

Reste

Stoffe billig

Wasch-Mousseline

moderne kleine Muster, . . . per m 0.68, 0.69, 0.48 u. 0.35

Woll-Mousseline

aparte Druckmuster, in großer Auswahl, . . . per m 1.75, 1.45, 1.25, 0.98 u. 0.75

Waschseide

in hübschen Dessins, . . . per m 0.78, 0.68, 0.58 u. 0.35

Bemberg-K'seide

mod. Druckmuster, besondere Gelegenheit per m 1.45 u. 1.25

Selenik

einfarbig und bedruckt . . . per m 0.98 u. 0.78

Silcolin

das starke Gewebe für Sportkleider, in modernen Karos und Unifarben . . . per m 1.20

K'seiden-Maroc

neue Tupfen-, Blumen- und Streifenmuster, in besonders großer Auswahl . . . per m 3.45, 2.85, 2.45 u. 1.85

K'seiden-Maroc

in vielen Unifarben . . . per m 2.95, 2.40, 1.95 u. 1.65

W. Huisinkveld

BOCHOLT NORDSTR. 41.

Spezialhaus für Kleiderstoffe und Seiden.

Alles für die Einmachzeit!

Opel und Frapapet bereitet deine Marmeladen und Gelees in 10 Minuten. Beutel -23, -45 Flasche -86, 1.53, 2.97
Roter Einmachzucker, Salicylsäure, Weinsäure, Citronensäure, Pergamentpapier, Cellophanpapier, Korken, Korpuspando, Weissessig, Essig-Essenz empfiehlt
Drogerie Bruns, Nordstr. 22 Tel. 2746

WECK-

Einkochgläser,

Apparate,

Ersatzteile.

Lieferung frei Haus.

Verkaufsstelle:

Otto Winkel

Bocholt.

Ruf 2990

Zum 1. 11. 1932 wird

3-4 Zimmer-

Wohnung

mit Bad, voll. Dauer-

mieter (Beamtin) ge-

such.

Angebote mit Preis-

angabe erbeten unter

Nr. 4909 an die Ge-

schäftsstelle ds. Bl.

Gebr. Schlafzimmer

mit 2 türl. Kleider-

schrank, sowie zwei

einzelne Bettstellen

mit Matratzen und

Auflage u. eine geb.

Singer-Nähmaschine

(berlinförmig),

alles fast neu, (4910

zu verkaufen.

Näheres: Kaffee-

Winkelstr. 39/41.

Betten, Betten, nichts als Betten -

— da lacht das Herz jeder Frau.

Bettenhaus Fisser zeigt in der

Ausstellung „Das mollige Bett“

Betten jeder Art, Bettfedern und beson-

ders Steppdecken und Daunendecken,

die diesmal ganz besonders billig sind.

Wer Daunendecken gern hat, soll schle-

nigst diese Masterausstellung besuchen!

Teilweise werden die Betten und Stepp-

decken in kompletten Schlafzimmern ge-

zeigt, da kann man die behagliche Wir-

kung besonders gut bewandern und das

werden ja alle Bocholterinnen auch tan-

Bis zum 9. Juli ist die Aus-

stellung geöffnet. Eintritt frei!

Bettenhaus Fisser.

Geschäfts-Eröffnung.

Den geehrten Bewohnern von Bocholt und

Umgebung zur gefl. Kenntnis, daß ich am

morgigen Samstag im Hause Karolinger-

straße 4 einen

Damen- u. Herren-Salon

eröffne. Mein Bestreben wird es sein, nur

sauber und fachmännisch zu bedienen.

Meine Preise sind wie folgt:

DAMEN-SALON:

Dauerwellen, incl. Haarschneiden, Waschen

u. Wasservellen, mit Ausführung der besten

deutschen E. T.-Maschine, wobei brennen,

brechen und ausfallen der Haare unmöglich

ist, für nur Mk. 3.90. — Haarschneiden,

Waschen und Ondulieren nur Mk. 1.30.

HERREN-SALON.

Haarschneiden Mk. 0.50, dto. für Erwerbs-

lose Mk. 0.40, dto. für Kinder Mk. 0.25, —

Bubikopfschneiden Mk. 0.40, dto. für Kinder

Mk. 0.25. — Rasieren Mk. 0.15, dto. im

Abonnement (12 mal) nur Mk. 1.30.

Um geneigten Zuspruch bittet

Franz Peters, Friseur

LIEDERN-WERTH

Bekanntmachung

Die Stimmkarten für die am Sonntag,

den 31. Juli 1932, stattfindende Reichstags-

wahl liegen von Sonntag, den 10. Juli bis

einschließlich Sonntag, den 17. Juli 1932 bei

den Gemeindevorstehern des Amtsbezirks

Liedern-Werth zu Jedermanns Einsicht an

Wochentagen von 8.30 bis 12 Uhr vormittags

und an den beiden Sonntagen von 11 bis

12 Uhr vormittags offen. (4899)

Einspruch gegen die Stimmkarten sind

während der vorgenannten Zeit bis zum

Ablauf der Auslieferungsfrist schriftlich oder

mündlich bei den betreffenden Gemeindevor-

stehern anzubringen.

Bocholt, den 6. Juli 1932.

Die Gemeindevorsteher

des Amtsbezirks Liedern-Werth.

VARDINGHOLT

Bekanntmachung

Der Holzschuhmacher Wons Schärer zu

Krommert hat die Genehmigung zur Anlie-

gung auf dem außerhalb einer im Zusammen-

hang gebauten Ortsteil in der politischen

Gemeinde Vardingholt belegen und bebauen

Grundstücke Nr. 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14 der

Katastergemeinde Vardingholt beantragt.

In Gemäßheit des § 16 des Gesetzes vom

10. August 1904 wird dieser Antrag mit dem

Bemerkten zur öffentlichen Kenntnis ge-

bracht, daß gegen denselben von den Eigen-

heimern, Käufern, Pächtern, Grundbesitzern u.

sonstigen berechtigten Grundbesitzern inner-

halb einer Ausschlussfrist von 21 Tagen bei

dem Kreisamtsrat in Borken Einspruch er-

heben werden kann, wenn der Einspruch

a